

Welt...  
nt...  
t...  
11 Uhr...  
Pohl...  
hof...  
Optiz...  
le...  
Hess...  
n...  
gand...  
er junger...  
Athens...  
erbarm...  
gerade...  
t Buch...  
n...  
peln...  
008...  
n. 10-12...  
Dresden...  
tigen an

**Pfund**  
Condensirte Milch  
Beste Kindermahrung.  
Pfeilschreiber  
Bismarck

# Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

**Curt Heinslus** Kgl. Hofl.  
Dresden-N., Kurlfürstenstr.  
Ecke Theaterstr., Fernspr. A. 11.200.  
Mehrjährige Garantie.  
Königsbrunn, Troja.  
8 Mal prämiert, 80,000 Stk. in Function.  
**Geräuschlose Thürschliesser**  
in dopp. Lüftungsbau, gewald. Schließwerk (schaffos)  
Dresden, 1897.

**Closets & Badeartikel**  
in großer Auswahl billigst!  
**Friedrich Gappisch**  
Königsbrunn, Troja.  
BRESSEN A. Marienstr. 11.  
gegenüber 3 Palast.  
Fabrik: Flachsplatz.

**Tapeten.**  
**Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.**  
**Tapeten.**

**Alle technischen Waaren**  
**Gummi Asbest**  
Schläuche, Wälzen, Klappen,  
Wasserstandsgläser, Oel  
liefert sofort  
Gummifabrik Reinhardt Luppolt, Dresden-A., Wettsteinstr. 4  
Tel. 153

**C. Heinrich Barthel**  
Neueste Modelle!  
Putz- und Modewaarenhaus  
Strohhatfabrik  
Waisenhausstr. 30, Fernspr. J. 3390.  
Neueste Modelle!

**Photographie von Hahn's Nachf.**  
Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitenkarten-Photographien  
12 Stück 6 Mark, Vergrößerungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung.

**Jetzt: Waisenhausstr. 16,**  
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

**Wuthmüthige Bitterung:**  
Trieb, stellem. Mieberchlage.  
**Dienstag, 9. März.**

## Konserbative Parteiverammlung.

Seit Jahren hat Dresden keine so wichtige politische Kundgebung erlebt, wie am Sonntag, als sich die berühmten Führer der konservativen Partei in Sachsen, im Reich und in Preußen vereinigten, um ihren politischen Ueberzeugungen programmatischen Ausdruck zu geben und ihre Stellungnahme zu den schwebenden Tagesproblemen darzulegen. In erschöpfender Weise wurden die Grundfragen der germanischen Politik in den Bereich der Erörterungen gezogen, dergestalt, daß diese Aussprache als Einleitung zu der bevorstehenden Reichstagswahlkampagne angesehen werden kann. Was aber dieser großen konservativen Versammlung weit über die Partei hinaus, die sie veranstaltet hatte, Bedeutung und Tragweite verleiht, das ist ihr einheitlicher nationaler, echt vaterländischer Grundzug, der von aller fraktionellen Engherzigkeit frei bleibt, der sich nicht an die Schranken und die Schablonen des Parteilebens bindet. Jeder Patriot, der sich inmitten der herrschenden Zersplitterung und Verwirrung der Parteien ein warmes Herz für die allgemeinen nationalen Interessen erhalten hat, dessen Sinn für die großen staatsrechtlichen Gedanken nicht abgestumpft ist, mußte sich unter diesen Vorkämpfern der konservativen Bestandschauung wohl fühlen, denen es in ihren politischen Ausführungen in erster Linie darum ankam, sich nicht sowohl als Parteileute, sondern als gute Deutsche zu betätigen, denen das Vaterlands Wohl über der Partei steht. Bismarck und seine Politik war die Parole des Tages. Der nationale Gedanke in seiner Kraft und Majestät, wie er in unserem deutschen Herz Bismarck verkörpert ist, war es, der sich als immer wiederkehrendes Leitmotiv durch die ganze Versammlung hindurchzog und sie über die herkömmlichen Parteigränzen, die über ihren Tag hinaus seinen vielwärtigen Einfluß zu hinterlassen vermögen, emporhob. In einem erhebenden Bekenntnis der unerschütterlichen und unveränderlichen Treue zu Bismarck wurde diese konserbative Versammlung, der Treue, die sich durch feinste Geschichtsbildung trüben läßt, die feststeht, wer auch immer den eillen Versuch wagen mag, daran zu rütteln und zu kränken. Die Versammlung gestaltete sich zugleich zu einem Ausfluß der Bismarck'schen Politik, die als unerschöpfbare Kraft in der weiteren Entwicklung unseres nationalen Lebens fortwirkt. Von allen Männern, die seit 1890 in Deutschland an führender Stelle gestanden haben und noch dort stehen, wurde kaum einer am Sonntag ersehnt, es sei denn ablehnend; aber das Wort „Bismarck“ löste hindurch durch alle Reden und Takte gleichsam als die unvergängliche Melodie, die die Herzen mit stolzen Hochgefühl erfüllt und zur Begeisterung entflammte, die die Kreuze am Vaterlande erhebt und dem nationalen Willen Rath und Vertrauen zuführt. Der Geist des großen Kanzlers belebte diese Versammlung, und was da wohnt, das dieser Geist nicht mehr zu wirken vermag, der konnte sich am Sonntag hier in Sachsen's Hauptstadt davon überzeugen, daß Bismarck noch heute in der deutschen Politik ein Licht und Ziel gebend, führender Faktor ist, der durch sein willkürliches Nachgeben ausgeglichen werden kann, der in dem nationalen Bewußtsein als heiliger Impuls fortlebt.

Ein Bismarcktag war der letzte Sonntag in Dresden, dessen gewaltige Sprache den Chor aller Bismarckfreunde verstummen macht, so leuchtend und so warmend wie jene unvergesslichen Stunden, als der Baumeister des Reichs vor fünf Jahren, auf der Höhe der Lohzeit seines ältesten Sohnes, in Dresden seinen unvergleichlichen Triumphzug durch Deutschland begann. Dieser älteste Sohn, Graf Herbert Bismarck, war am Sonntag als der berufene Vertreter der Bismarck'schen Politik erschienen; auch um deswillen ist dieser Tag ein Bismarcktag. Graf Herbert Bismarck bildete den persönlichen Mittelpunkt der politischen Versammlung; er war es, der die Grundlinien der konservativen Politik und damit zugleich die der nationalen Politik überhaupt vorzeichnete. In allen Fragen, die von den konservativen Führern erörtert wurden, stellten sich diese auf den Boden der Bismarck'schen Auffassungen, und es ist bezeichnend, daß in den wenigen Worten, in denen Fürst Bismarck das Dresdener Begrüßungstelegramm beantwortete, der Hauptgedanke, der in der politischen Aussprache zur Geltung kam, in prägnanter Weise festgelegt ist. Der feste Zusammenschluß aller politisch und wirtschaftlich konservativen Kräfte im Reich ist die Hauptaufgabe, die sich die konservative Partei gestellt hat und deren Erfüllung sie erstreben muß, wenn sie sich für die nächste Zukunft den ausschlaggebenden Einfluß im öffentlichen Leben sichern will. Graf Herbert Bismarck wie die meisten anderen Redner, mit besonderem Nachdruck auch der Führer des Bundes der Landwirthe, Herr von Fock, betonten, daß es jetzt vor Allem darum ankam, die Gegensätze, die die Capitulische Politik zwischen den beiden großen Produktivständen, zwischen der Landwirtschaft und der Industrie, künstlich hervorgerufen hat, aufzuheben und die Einheit wieder herzustellen, indem beiden Ständen die Interessengemeinschaft, auf die sie zum beiderseitigen Wohlergehen angewiesen sind und in der sie gleichberechtigt und gleichwertig zusammenwirken sollen, wieder zu vollem Bewußtsein gebracht wird. Eine dem Allgemeinwohl entsprechende Neugestaltung der Handelsvertragspolitik, über die voraussichtlich der kommende Reichstag zu beschließen haben wird, ist nur dann zu erzielen, wenn jene Scheidewand zwischen Landwirtschaft und Industrie beseitigt ist, um die Vertreter beider Gewerbe zu gemeinsamer, legentlicher Arbeit zu vereinigen. Die konservative

Partei, obwohl sie angesichts der Nothlage der Landwirthe naturgemäß die Förderung der landwirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellt und daher die einseitige Gesehsmacherei ohne Palm und Ar mit aller Entschiedenheit bekämpfen muß, will doch keineswegs die ausschließliche Pflege eines einzelnen Erwerbszweigs; sie steht vielmehr auf dem grundsätzlichen Standpunkte, daß allen nationalen Produktivgewerben gleichmäßig der benötigte staatliche Schutz zu gewähren und anrecht zu erhalten sei. Denn nur so kann der feste Zusammenschluß aller politisch und wirtschaftlich konservativen Kräfte bewerkstelligt werden.

Von Denjenigen, die den politischen Kampfschein gegen die konservative Partei nur mit unklaren Mitteln führen können, ist neuerdings die Verächtlichkeit ausgesprochen worden, als habe in den Reihen der Konservativen wieder eine rein gouvernementale Schwärmerei die Oberhand zu gewinnen. Ueberzeugender als es vorgehen durch fast alle Redner geübt ist, konnte die Grundlosigkeit solcher Verächtlichkeit nicht dargelegt werden. Die konservative Partei hat in den letzten Jahren hinlänglich bewiesen, daß sie gelernt hat, gegen den Strom zu schwimmen, und ihre heutigen Führer haben nicht den mindesten Zweifel gelassen, daß sie Rhyth und Kraft genug besitzen, diese in unseren Tagen leider so unerfüllbare Kunst auch weiterhin zu betreiben, wo es Noth thut. Wer so sehr und gerecht an der Regierungspolitik Kritik zu üben weiß, wie jeder der Dresdener vom Sonntag, den trägt der Vorwurf der Unloyalität und der Unselbstständigkeit nicht. Die Erklärung des Reichstags von Karlsruhe, daß die konservative Partei ihre volle Selbstständigkeit auch nach oben hin unbedingtem behauptet, ist dadurch bekräftigt worden, daß dieser selbst wie seine politischen Freunde den Nachweis erbrachten, daß die Haltung und die Maßnahmen der Reichsregierung nach Bismarck oft genug nicht staatsrechtlich und national gemein sind und wie er seit 1890 von oben her gegen die Grundzüge einer gerunden handels- und sozialpolitischen Politik gekämpft worden ist.

Der Verlauf des vorgestrigen Tages, der auch so manchem nationalgeheimen Mann, der der konservativen Partei nicht angehört, das Herz erfüllt hat, darf als ein vertrauenswürdiges Vorzeichen bezogen werden, daß die Partei ihre Pflicht als staatsrechtlich, vaterländische, volkshäufige Partei erfüllen, daß sie in den Kampf um die Erhaltung unserer nationalen Einrichtungen sich als die unerschöpfliche Stütze der Monarchie und der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung erweisen und daß sie mit freiem, selbstständigen Willen und in einmüthiger Entschlossenheit insbesondere auch die Richtung mit ungenügender Kraft weiter verfolgen wird, die sie in den letzten Jahren eingeschlagen hat, um vornehmlich die in ihren Existenzbedingungen bedrohten Produktivstände zu stärken und dem Vaterlande den notwendigen Schutz gegenüber den Gefahren des Umsturzes zu schaffen.

## Herrnschreib- und Herrnsprech-Berichte vom 8. März.

**Berlin.** In Sachen der vorläufigen Schließung der sozialdemokratischen Wahlvereine wegen Verstoßes gegen den § 8 des Vereinsgesetzes erkannte das Landgericht, daß obgleich eine Verletzung des § 8 vorliegt, subsidiär vor jedoch die Behauptung der Angeklagten, nichts von der Ablieferung der Gelder durch Vertrauensmänner an die Vereinskassen gemerkt zu haben, nicht zu widerlegen; daher mußte Freisprechung erfolgen, die vorläufige Schließung aufgehoben und die Kosten der Staatskasse auferlegt werden.

**Berlin.** Reichstag. Zunächst wird der Etat des Reichstags verlesen. Die Budgetkommission beantragt eine Resolution, in welcher die verbundenen Regierungen um einen Nachtragsetat für ein Defizitalgebäude ersucht werden. Ein Antrag v. Vetterow, Schmidt-Eberfeld und Genossen aus allen Parteien des Hauses will dagegen eine entsprechende Rate, 300,000 M., gleich in den vorliegenden Etat einstellen. Außerdem liegt hierzu ein Antrag Anderer vor, betreffend Gewährung von Dotation an die Reichstagsabgeordneten. — Abg. Vech (Frei. Volksp.) über Beschwerde darüber, daß im vorigen Sommer die Reichstagsräume von der Ausstellung von Amateuren-Photographien hergegeben worden seien, und wünscht, daß das nicht wieder vorkomme. — Abg. Richter (Centr.) wünscht, daß die einmüthige Anstellung der Reichstags- stenographen in beiderseitiger Uebereinstimmung, jedoch nicht, wie bisher, von Hilfskassen Gebrauch gemacht werde. — Vizepräsident Schmidt bemerkt, es sei in neuerer Zeit wiederholt eine solche Anstellung weiterer stenographen erfolgt. — Abg. Viebrüch (so.) wünscht, daß die Reichstagswahlbarkeit noch etwas verwohltändigt, bezw. in größerer Vollständigkeit verwirklicht werde. — Abg. Richter (Frei. Volksp.) zieht den Antrag Anderer Angesichts der schwachen Stellung des Hauses bis zur dritten Lesung zurück. — Abg. v. Stamm (Reichsp.) beantragt, die in dem Antrag Vetterow-Schmidt-Genossen 300,000 M. nur zu bewilligen für Grundverwech und Projektbearbeitung, aber nicht zugleich als 1. Rate, wie das jener Antrag und die Resolution der Kommission vorschlägt. Es geht um die Sache, sei es durchwegs möglich, daß dem Hause der Vantage unterbreitet werde. — Abg. Schmidt-Eberfeld konstatiert demgegenüber, daß gerade die Bewilligung gleich als 1. Rate von der Mehrheit der Budgetkommission gewünscht worden sei. — Abg. v. Vetterow plaidirt für den Stimmlichen Vorschlag. Abg. Richter stimmt ebenfalls dem Stimmlichen Vorschlag zu, umso mehr, als er Repräsentationsräume für den Präsidenten keineswegs für erforderlich halte. Dem Präsidenten würden durch Repräsentationsräume nur seine eigentlichen Aufgaben erschwert, und außerdem würde das Haus dadurch in der Auswahl seiner Präsidenten beschränkt. — Abg. Stamm (nat.-lib.) erklärt sich ebenfalls für das Amendement Stamm, wogegen Abg. Spahn (Centr.) bittet, es beim Beschluß der Budgetkommission zu belassen. Nach kurzer weiterer Debatte wird der Antrag der Budgetkommission mit der Stimmlichen Abänderung angenommen. Weitere Debatten entfallen bei dem Etat des Reichstags nicht. — In dritter Beratung wird die Vorlage betreffend Zwangsversicherung, Zwangsverwaltung an bloß angenommen. Ebenfalls debattirt wird in dritter Lesung die Grundbuchordnung angenommen. — Es folgen Petitionen. Ueber verschiedene derselben betr. Gleichstellung der Telegraphen der Reichsregierung mit denen der Reichspostverwaltung wird von der Kommission Uebertragung zur Tagesordnung beantragt. Ein Antrag Wittenberg über Petitionen des Reichstanzler zur theilweisen Berücksichtigung überweisen. Weiterer Antrag wird noch kurzer Debatte angenommen. Entsprechend einem Antrag der Kommission werden dann debattirt mehrere Petitionen betr. Rück-

erstattung von Getreidevoll dem Reichstanzler zur Berücksichtigung überweisen. — Mittwoch: Antrag Schwertin-Gewitz betr. Rückcredit auf Getreide.  
**Berlin.** Wolff's Bureau giebt in eigener Sache folgende Erklärung: Der gestrige Artikel der „Neuen Freien Presse“ aus Paris über die angebliche Defunctum unter Peterburger Woche vom 25. Februar (womit zufälligerweise die von Deutschland dem Königreich Griechenland gegenüber eingenommene Haltung als richtig anerkannt und die Nothwendigkeit der Durchführung eventueller Zwangsmaßnahmen energisch betont wurde), beruht durchweg auf nichtwichtigen Erfindungen. Irrendenweise Informationen von deutscher Seite hat dem Telegramm überhaupt nicht zu Grunde gelegen. Wie wir schon am 25. Februar auf Anfrage an das I. Telegraphenbureau in Wien telegraphisch, läßt das Telegramm aus unserem regelmäßigen Peterburger Korrespondenten her, ist aus Petersburg direkt in offener Sprache nach Berlin telegraphirt und von uns ohne jede Veränderung weiterverbreitet worden.

**Berlin.** Der Kaiser empfing gestern Vormittag den Reichstanzler zum Vortrag und nahm heute Marine-Vorträge entgegen. — Der Reichstanzler empfing heute, nachdem er der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags beigewohnt, den ständischen ungarischen Reichstanzler v. Szeghényi zu einem längeren Besuche. — An die Erklärung des Reichstanzlers in der Budgetkommission des Reichstags schloß sich eine längere Debatte, an welcher sich Staatssekretär Vollmann, ferner Abg. Richter (Frei. Volksp.), welcher die Neuordnungen um Marine-Vorträge vertritt, ferner die Abg. Stammacher (nat.-lib.) und Graf Döllner (so.), welche die Nothwendigkeit einer Verstärkung der Flotte betonten, sowie Dr. Heber (Centr.), welcher den Ausführungen der beiden letzten Redner entgegentrat, betheiligten. Nächste Sitzung Dienstag.

**Berlin.** Der Hofbankier Georg Meißner hatte sich heute am Anlaß des bekannten Vorgangs im Restaurant Kurmärker, wo er den Wirthschafter Wippenhandt geschlagen hatte, wegen Körperverletzung vor dem hiesigen Amtsgericht zu verantworten; er wurde zu 2 Wochen Gefängnis verurtheilt. — Das Polizeivorstandsbüro hat 30 M. Belohnung auf Ermittlung des Mörders des Handelsbesitzer Meißner ausgesetzt. Bei den Vergehungen, welche Meißner in ansehnlichen Belohnungen unterteilt hat, anzunehmen, daß bei dem Vorgange ähnliche Verhältnisse mitgeschwiegen haben, wie sie demselben bei dem Mord an dem Reichstanzler in Athen geschehen ist, ist in Sachen v. Tausch ist auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Treicher ein Disziplinungsverfahren wegen Unbekannt eingeleitet worden. Da wiederholt Thatfachen aus dem Gange der Voruntersuchung in die Öffentlichkeit gelangt sind, nimmt der Staatsanwalt an, daß nur durch ein geschwichtiges Verhalten und Indiscretion der einzelnen Stadien des Prozesses zur allgemeinen Kenntniss hätten gelangen können.

**Frankfurt a. M.** Der deutsche Gesandte in Athen empfing die Debre, im Falle einer Ablehnung von Seiten Griechenlands, noch heute Athen zu verlassen.  
**Frankfurt a. M.** Die Nachricht, dem Kommando der 5. Division Generalleutnant v. d. Goltz sei vom Sultan das Oberkommando an der griechischen Grenze angeboten, von diesem aber in entschiedener Weise abgelehnt worden, beruht auf Erfindung. Es ist dem General v. d. Goltz weder das Oberkommando noch überhaupt eine Kommandostelle an der griechischen Grenze angeboten worden.

**Hamburg.** Ausschüßleiter und Vorstand der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft beschließen, die Vertheilung einer Dividende von 8 Prozent für das verfloßene Geschäftsjahr vorzuschlagen. Der Reingewinn beträgt 84 Millionen Mark.

**Hamburg.** Dem Hamb. Korv. wird aus Berlin gemeldet: Sollten sich die Schritte nach Ablehnung des Ultimatum seitens Griechenlands über die weiteren Schritte nicht bald einigen, oder sollte es, was nur zu wahrscheinlich ist, zu einem griechisch-türkischen Kriege kommen, so werde, wie man hier annimmt, das deutsche Schiff „Kaiserin Augusta“ bald von Korea abberufen, womit dann Deutschland sich in die keinen politischen Interessen entsprechende Neutrale still zurückziehen würde. In diplomatischen Kreisen hält man es für ausgeschlossen, daß Griechenland durch einen Krieg mit der Türkei in den Besitz Kretas gelangen könnte.

**Böln.** Nach einer Meldung der „Köln. St.“ hat die griechische Regierung von einem Londoner Bankier einen großen Vorschlag erbeten. — Aus Kreta meldet die „Köln. St.“, die Reichsregierung der fremden Kriegsschiffe hätten für heute Zwangsmaßnahmen angeordnet, falls sich heute Nachmittag noch griechische Schiffe in kretischen Gewässern bilden ließen.

**Wilmshaven.** Aus Kreta wird hierher gemeldet, der Kreuzer „Kaiserin Augusta“ hat ein Detachement von 3 Offizieren, 1 Arzt und 60 Mann gelandet.

**Bosen.** Die Warte steigt weiter; die Höhe beträgt gegenwärtig 365 Meter. Anholgebunden sind die niedriger gelegenen Stroben überflutet, die Wäldchen an der Fußstraße stehen tief unter Wasser. Dagegen meldet Reportierliche einen Anstieg des Wassers von 27 auf 34 Meter.

**Wien.** Die Reichstags- und Reichstags-Debatte, Ungarn, nahm die Vorschläge der Admistrate vor. Die selben erstrecken sich auf die Verlebung Griechenlands und Kreta, sowie auf die Verlebung jeder griechischen Unternehmung zur See. — Der frühere Antikommunist Schneider, der den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Remer fälschlich beschuldigt hatte, er hätte von ihm einmüthig 5 Gulden zu Wohlwollen bekommen, wurde wegen Verlebung zu 1monatlicher Haft verurtheilt.

**Wien.** Hier wird angenommen, Griechenland werde die Forderungen der Großmächte nicht unbedingt ablehnen, sondern theilweise annehmen. Der von den Abthularen entworfenen Plan für die Zwangsaktion scheint auf die griechische Regierung nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Die Nachricht von einer befehligten Mobilmachung in Griechenland findet hier keinen Glauben. Die widerwärtigen Meldungen über ein theilweises Zurückweichen Griechenlands werden demnach zurückgeführt, daß französischerseits eine Annäherung zwischen dem Standpunkte Griechenlands und jenem Einverständnis im Kompromißwege eingeleitet worden sein soll, um Griechenland zu ermöglichen, daß es nicht vollkommen ablehnend antwortet.

**Wien.** Amliches Wahlresultat. Bei der hiesigen Landtags-Wahl wurde Rittergutsbesitzer Graf v. Schwertin-Gewitz (Centr.) mit allen abgegebenen Stimmen wiedergewählt.  
**Paris.** Der „Figaro“ läßt sich aus Kreta melden, den griechischen Truppen sei die Bekämpfung der Insel völlig gleichgültig, da sie auf Monate mit Lebensmitteln und Kriegsbedarf versehen seien.

Triumph-Seife